


W_3.1	<b>Gemeinde Kissing</b> <b>WBW Neubau Grundschule</b> <b>Objektplanung Gebäude und Freianlagen</b> <b>Bewertungsmatrix Eignungskriterien</b>	<b>Meixner + Partner</b> Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH Stand: 20.12.2021 
-------	---	--


*WICHTIGER HINWEIS: Die Informationen in diesem Dokument sind geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt von Meixner+Partner GmbH. Die Weiterverwendung oder eigenmächtige Veröffentlichung dieses urheberrechtlich geschützten Dokuments ist nicht gestattet.*

**Die eingehenden Bewerbungen werden nach folgenden Ausschlusskriterien gem. GWB § 123 geprüft: (zu III.1.10) 1.b), 2.b)**

**1. Zwingende Ausschlussgründe (bei Zutreffen eines der folgenden Merkmale ist ein Bewerber auszuschließen):**

Zum Zeitpunkt der Bewerbung müssen vom Objektplaner Gebäude folgende Erklärungen abgegeben werden:

- § 123 (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
  9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
  10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- § 123 (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- § 123 (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- § 123 (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
  2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

W_3.1	<b>Gemeinde Kissing</b> <b>WBW Neubau Grundschule</b> <b>Objektplanung Gebäude und Freianlagen</b> <b>Bewertungsmatrix Eignungskriterien</b>	<b>Meixner + Partner</b> Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH Stand: 20.12.2021 
-------	---	--


*WICHTIGER HINWEIS: Die Informationen in diesem Dokument sind geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt von Meixner+Partner GmbH. Die Weiterverwendung oder eigenmächtige Veröffentlichung dieses urheberrechtlich geschützten Dokuments ist nicht gestattet.*

**Die eingehenden Bewerbungen werden nach folgenden Ausschlusskriterien gem. GWB § 124 geprüft:**

**2. Fakultative Ausschlussgründe (bei Zutreffen eines der folgenden Merkmale kann ein Bewerber ausgeschlossen werden; das Ermessen liegt beim Auftraggeber):**

Zum Zeitpunkt der Bewerbung müssen vom Objektplaner Gebäude folgende Erklärungen abgegeben werden:

- § 124 (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
  2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
  3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
  4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Vereinbarung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
  6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
  7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
  8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
  9. das Unternehmen
    - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
    - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
    - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- § 124 (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

W_3.1	<p align="center"><b>Gemeinde Kissing</b>  <b>WBW Neubau Grundschule</b>  <b>Objektplanung Gebäude und Freianlagen</b>  <b>Bewertungsmatrix Eignungskriterien</b></p>	<p><b>Meixner + Partner</b>  Projektentwicklung  Projektsteuerung GmbH</p>  Stand: 20.12.2021
-------	---	---

WICHTIGER HINWEIS: Die Informationen in diesem Dokument sind geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt von Meixner+Partner GmbH.  
Die Weiterverwendung oder eigenmächtige Veröffentlichung dieses urheberrechtlich geschützten Dokuments ist nicht gestattet.


**3. Weitere vom Auftraggeber in der Auftragsbekanntmachung formulierte Mindestanforderungen (folgende Bedingungen müssen erfüllt sein, ansonsten muss ein Bewerber ausgeschlossen werden):**

**Zum Zeitpunkt der Bewerbung müssen vom Objektplaner Gebäude folgende Erklärungen abgegeben werden:**

- zu III.1.10) 1.a) Name, ausführende Niederlassung, Ansprechpartner, Anschrift, Kontaktdaten und Rechtsform
- zu III.1.10) 1.b) Erklärung des Bewerbers Freianlagen über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB.**
- zu III.1.10) 1.b) Erklärung des Bewerbers Freianlagen über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB.**
- zu III.1.10) 1.c) Erklärung des Bewerbers über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG.**
- zu III.1.10) 1.d) ggf. Erklärung des Bewerbers über die **Bildung von Bewerbungsgemeinschaften** und Zusage über die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall einer Teilnahme am Verhandlungsverfahren. Bewerber-/Bietergemeinschaften haften - je Fachdisziplin - gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.
- zu III.1.10) 1.e) **Berufshaftpflichtversicherung für den Objektplaner Gebäude** gem. § 45 Abs. 1 bzw. 4 VgV.  
Mindestanforderung: **über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 3.000.000 EUR für Sachschäden.** Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens **das Zweifache** der Deckungssumme pro Jahr betragen.  
Nachweis zum Zeitpunkt der Bewerbung: Ein **Versicherungsnachweis**, der nicht älter als sechs Monate ist, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Dieser Versicherungsnachweis **bzw. eine Erklärung der Versicherung**, dass **im Auftragsfall** eine Versicherung mit diesen Bedingungen abgeschlossen wird, **muss der Bewerbung beiliegen.**
- zu III.2.1) 1. Erklärung des Bewerbers über die **Berufsqualifikation** im Projektteam **des Objektplaners Gebäude** gem. § 75 VgV.  
Mindestanforderung: Berufsqualifikation im Projektteam: **mind. 1 Architekt**  
Nachweis: Vorlage eines **Eintragungsnachweises in eine Architektenkammer**

**Zum Zeitpunkt des Colloquiums müssen vom Objektplaner Freianlagen folgende Erklärungen abgegeben werden:**

- zu III.1.10) 2.a) Name, ausführende Niederlassung, Ansprechpartner, Anschrift, Kontaktdaten und Rechtsform
- zu III.1.10) 2.b) Erklärung des Bewerbers Freianlagen über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB.**
- zu III.1.10) 2.b) Erklärung des Bewerbers Freianlagen über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB.**
- zu III.1.10) 2.c) Erklärung des Bewerbers Freianlagen über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG.**
- zu III.1.10) 2.d) ggf. Erklärung des Bewerbers über die **Bildung von Bewerbungsgemeinschaften** und Zusage über die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall einer Teilnahme am Verhandlungsverfahren. Bewerber-/Bietergemeinschaften haften - je Fachdisziplin - gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.
- zu III.1.10) 2.e) **Berufshaftpflichtversicherung für den Objektplaner Freianlagen** gem. § 45 Abs. 1 bzw. 4 VgV.  
Mindestanforderung: **über 1.500.000 EUR für Personenschäden und über 500.000 EUR für Sachschäden.** Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens **das Zweifache** der Deckungssumme pro Jahr betragen.  
Nachweis zum Zeitpunkt der Benennung des FA-Planers beim Colloquium: Ein Versicherungsnachweis, der nicht älter als sechs Monate ist, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Dieser Versicherungsnachweis **bzw. eine Erklärung der Versicherung**, dass **im Auftragsfall** eine Versicherung mit diesen Bedingungen abgeschlossen wird, **muss zum Zeitpunkt der Benennung des FA-Planers zum Colloquium beiliegen.**
- zu III.2.1) 2. Erklärung des Bewerbers über die **Berufsqualifikation** im Projektteam **des Objektplaners Freianlagen** gem. § 75 VgV.  
Mindestanforderung: Berufsqualifikation im Projektteam: **mind. 1 Landschaftsarchitekt**  
Nachweis: Vorlage eines **Eintragungsnachweises in eine Architektenkammer**

W_3.1	<b>Gemeinde Kissing</b> <b>WBW Neubau Grundschule</b> <b>Objektplanung Gebäude und Freianlagen</b> <b>Bewertungsmatrix Eignungskriterien</b>	<b>Meixner + Partner</b> Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH Stand: 20.12.2021 
-------	---	--

*WICHTIGER HINWEIS: Die Informationen in diesem Dokument sind geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt von Meixner+Partner GmbH. Die Weiterverwendung oder eigenmächtige Veröffentlichung dieses urheberrechtlich geschützten Dokuments ist nicht gestattet.*

### 3. Fortsetzung

Zum Zeitpunkt der Vergabeverhandlung müssen folgende Erklärungen abgegeben werden (ggf. durch Eignungsleihe):

- zu VI.3) a) Erklärung des Bieters, ob und auf welche Art **wirtschaftliche Verknüpfungen** mit anderen Unternehmen bestehen.
- zu VI.3) b) Ist der Bieter eine **juristische Person**, muss durch Erklärung gem. § 75 Abs. 3 VgV i.V.m. § 43 Abs. 1 VgV nachgewiesen werden, dass der tatsächliche Leistungserbringer (Projektleiter) und dessen Stellvertreter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllen.
- zu VI.3) c) Will sich der Bieter bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV außerdem angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als **Unterauftrag** zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung gem. § 47 Abs. 1 VgV dieser Unternehmen ist abzugeben.
- zu VI.3) d) Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben.
- zu VI.3) e) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über den **Gesamtumsatz** in den letzten **zwei** abgeschlossenen **Geschäftsjahren** (2019, 2020) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV.  
Mindestanforderung: ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von **750.000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung Gebäude** und von **150.000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung Freianlagen**.
- zu VI.3) f) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über die **Anzahl der festangestellten Mitarbeiter und der Führungskräfte** in den letzten **zwei** abgeschlossenen **Geschäftsjahren** (2019, 2020) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV.  
Mindestanforderung: Ein jährliches Mittel von **8 technischen festangestellten Vollzeit-Mitarbeitern** inkl. Geschäftsführung **beim Objektplaner Gebäude** und ein jährliches Mittel von **2 technischen festangestellten Vollzeit-Mitarbeitern** inkl. Geschäftsführung **beim Objektplaner Freianlagen**. Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die "Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen" im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist auch von den freien Mitarbeitern auszufüllen.  
Nachweis: Eigenerklärung unter Angabe von Name/Kürzel u. Qualifikation der gemäß Mindestanzahl geforderten Mitarbeiter
- zu VI.3) g) Nachweis der **Berufserfahrung des Projektleiters Objektplanung Gebäude**  
Mindestanforderung: Berufserfahrung des Projektleiters über **fünf Jahre im Leistungsbild Objektplanung Gebäude**.  
Nachweis: Vorlage eines **aussagekräftigen Lebenslaufs und einer Abschlussurkunde im Studiengang Architektur** aus der die Fachrichtung und das Abschlussjahr erkennbar sind;
- Nachweis der **Berufserfahrung des Projektleiters Objektplanung Freianlagen**  
Mindestanforderung: Berufserfahrung des Projektleiters über **fünf Jahre im Leistungsbild Objektplanung Freianlagen**.  
Nachweis: Vorlage eines **aussagekräftigen Lebenslaufs und einer Abschlussurkunde im Studiengang Landschaftsarchitektur** od.glw. aus der die Fachrichtung und das Abschlussjahr erkennbar sind;